Abend-Ausgabe. Nr. 164 — Donnerstag, 8. April 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 50,56 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise u. Preisliste Nr. 5: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 4 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einsatz der Gemeinden im Vierjahresplan

Ministerpräsident Göring vor dem Deutschen Gemeindetag

Berlin, 8. April.

Den letzten Vortrag auf der Jahrestagung des Deutschen Gemeindetages hielt der preußische Ministerpräsident Generaloberst Göring, dem von den deutschen Gemeindevertretern ein überaus herzlicher Empfang bereitet wurde. Der Ministerpräsident erklärte einleitend, daß er keine spezifisch gemeindlichen Probleme zur Erörterung stellen wolle, sondern den deutschen Gemeinden ihren Einsatz im Vierjahresplan aufzeigen werde.

Bei der Durchführung des Vierjahresplanes ständen zwei große Aufgabengebiete im Vordergrunde: Die Steigerung der Produktion auf landwirtschaftlichem Gebiete bis zu dem möglichen Höchstmaß und die Umstellung auf neue Rohstoffe in der gewerblichen Wirtschaft.

Auf dem Gebiete der Ernährung gelte es, die Spanne von 13 v. H., die heute noch an der Versorgung fehle, rasch weiter zu verringern. Der Ministerpräsident gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Landwirtschaft seine Forderung erfüllen werde, und unterstrich besonders die Tatsache, daß dank der straffen Marktordnung des Reichsnährstandes der deutsche Brotpreis nicht geändert werde, im Gegensatz zu den verheerenden Folgen der internationalen Getreidespekulation. Stärker noch als die landwirtschaftliche Erzeugung stehe die Steigerung der gewerblichen Produktion im Interesse der Oeffentlichkeit. Es sei die besondere Aufgabe aller Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen, den Verbrauch der neuen deutschen Werkstoffe in jeder Weise zu fördern und gegen veraltete Vorurteile und die übliche Scheu vor dem Neuen anzukämpfen.

Stufenfolge der Dringlichkeit

„Der Vierjahresplan ergreift alle Zweige der deutschen Wirtschaft", so fuhr der Ministerpräsident fort; „um so mehr müssen alle öffentlich-rechtlichen Organisationen und dabei auch gerade die Gemeinden am Gelingen mithelfen, zunächst durch Maßnahmen der allgemeinen Wirtschaftsförderung. Die Gemeinden müssen auf der Ausgabenseite sich dort Zurückhaltung auferlegen, wo sie durch verstärkte Nachfrage die Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung für den Vierjahresplan noch vermehren. Der Führer hat sich in seiner weitschauenden Politik vorgenommen, drei Städte in Deutschland durch bauliche Maßnahmen größten Stils besonders auszugestalten und zu entwickeln. Sie wissen es alle, es handelt sich hier um Berlin, München, Hamburg. Diese Aufgabe hat ihre besondere Bedeutung, sie wird selbstverständlich durchgeführt werden. Es ist aber nicht notwendig, daß nun jede andere Stadt glaubt, zur gleichen Zeit ebenfalls ein Riesenbauprogramm durchführen zu müssen. Hier müssen sich die Gemeinden in die Stufenfolge der Dringlichkeit einordnen. Heute ist es wichtiger, durch eine entsprechende Entwicklung und Führung der gemeindlichen Versorgungsbetriebe mitzuhelfen als Rathäuser oder selbst Turnhallen oder Versammlungshäuser zu bauen, so wichtig diese auch sonst sind.

Billigere Stromtarife

Als zwingende Notwendigkeit einer allgemeinen Wirtschaftsförderung durch die Gemeinden müssen Steuererhöhungen unterbleiben. Ich habe den erfreulichen Eindruck, daß es den Gemeinden in den letzten Jahren schon gelungen ist, ihre Finanzwirtschaft wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen und manche Schulden der Systemzeit abzustoßen. Neuaufwendungen, die zu Steuererhöhungen führen, müssen aber zurückgestellt werden, da die Finanzkraft des Volkes für die großen nationalen Aufgaben eingesetzt werden muß. Umgekehrt dient es der Förderung der Zwecke des Vierjahresplanes, wenn die Gemeinden entsprechend den Anweisungen des Reichsministers des Innern alles daran setzen, die indirekten Steuern, die in den Versorgungstarifen enthalten sind, zu senken. Besonders für ländliche Gemeinden hängt für die Erzeugungsschlacht sehr viel von der Bereitstellung billiger Energie ab. Denn sie bietet in erster Linie auf die Dauer die Möglichkeit, der überlasteten Bauernfrau das Leben leichter zu gestalten, und manche Reibungen zu mildern, die durch die Knappheit an Landarbeitern entstanden sind. In städtischen Verhältnissen wird durch Senkung der Tarife insbesondere auch eine fühlbare Entlastung des Arbeiterhaushaltes zu erreichen sein.

Aufgaben für die Sparkassen

Neben diese mehr allgemeinen Maßnahmen treten eine Reihe von Sonderaufgaben, mit denen gerade die Gemeinden sich in den Dienst des Vierjahresplanes stellen müssen. Wenn auch die größeren Unternehmungen des Vierjahresplanes aus anderen Mitteln finanziert werden, so werden die kommunalen Kreditinstitute, vor allem die Sparkassen durch ihre Kreditpolitik bei vielen kleineren Unternehmungen mithelfen können. Ich denke dabei vor allem an die Gewährung mittelfristiger Kredite an die Landwirtschaft, ohne die der Notwendigkeit raschester Intensivierung nicht Rechnung getragen werden kann. Ich weiß, daß gerade diese Aufgabe bisher mancherlei Schwierigkeiten begegnet ist. Die Erörterungen über eine Neuregelung stehen vor dem Abschluß. Es muß natürlich darauf geachtet werden, daß die Spargroschen des kleinen Mannes mit der notwendigen Sorgfalt verwendet und angelegt werden. Die Kredithergabe ist jedoch stärker als bisher nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu leiten und so einzusetzen, daß der Kreditwürdige in seiner wirtschaftlichen Initiative gestärkt und gefördert wird.

Sorgt für wohlfeile Wohnungen

Auf dem Gebiete der Wohnungspolitik haben die Gemeinden ebenfalls große Aufgaben zu erfüllen. Wichtiger als der Bau von Verwaltungspalästen ist augenblicklich die Sorge für wohlfeile Wohnungen, deren Bau uns, rohstoffmäßig gesehen, wenig stört, da hierfür im allgemeinen unbeschränkt erzeugbare Rohstoffe verwendet werden. Es gilt, die Anfangsarbeit für das vom Führer geplante gewaltige Siedlungswerk zu leisten, das nach der Durchführung des Vierjahresplanes der vollen Verwirklichung zugeführt werden soll. Auf die Verwertung der Rohstoffe aus städtischen Abfällen und auf das Ernährungswerk der NSV ging der Ministerpräsident besonders ein und richtete den Appell an die Anwesenden, alle Anregungen auf diesem Gebiete genauestens zu befolgen. Es gebe verschiedene Verfahren, er verlange aber, daß sich keine Gemeinde aus Beharrungsvermögen oder anderen Gründen von dem Werk ausschließe.

Aufklärung der Bevölkerung

Wenn sich so die Gemeinden an dem Werk des Vierjahresplans beteiligen, so erfüllen sie damit in besonderem Maß die Aufgabe, die ihnen die deutsche Gemeindeordnung gestellt hat, nämlich mitzuwirken an der Erreichung des Staatszieles! Sie haben als diejenigen Stellen, die mehr als viele Aemter des staatlichen Apparates mit der Bevölkerung Fühlung haben, die Aufgabe, im engsten Zusammenhang mit der Partei die Bevölkerung für die großen Ziele auch des Vierjahresplanes zu gewinnen und einzusetzen. Die Gemeindeleiter als diejenigen, die die Nöte und Wünsche des Volksgenossen vielfach als erste erfahren, erleben auch manche unpopuläre Auswirkungen staatlicher Maßnahmen am unmittelbarsten. Sie haben aber die Pflicht, hier selbst auszugleichen, soweit dies in ihrer Macht steht. Ich bin mir darüber klar, daß während der Anlaufzeit des Vierjahresplans Schwierigkeiten nicht immer vermieden werden können. Oertliche Spannungen auf dem Markt gewisser Lebensmittel sind nicht immer zu umgehen. Wenn solche Erscheinungen auftreten, dann darf man nicht gleich Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um aus Berlin zusätzliche Rationen herauszuholen. Es ist vielmehr die Aufgabe gerade der Gemeindeleiter, dann der Bevölkerung die Zusammenhänge klarzumachen. Ich will aber hier eine Versicherung geben: Wenn auch eine vorübergehende Knappheit an Eiern und Butter, vielleicht sogar an Fleisch oder bestimmten Wurstsorten nicht verhindert werden kann — für das tägliche Brot stehe ich ein! (Lebhafter Beifall.)

In diesen Rahmen gehört auch die Mitarbeit der Gemeinden bei den schweren Arbeiten des Reichskommissariats für die Preisbildung. Durch ständige Beobachtung, unmittelbares persönliches Eingreifen, durch vorausschauende Planung muß der Gemeindeleiter die Politik dieser für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens schlechthin ausschlaggebenden Stelle meiner Organisation unterstützen. Daß die Gemeinde selbst nicht preisverteuernd durch Abgabenerhöhung auftreten darf, habe ich schon erwähnt. So bietet sich", schloß Ministerpräsident Göring seine bedeutsame Rede, „für die durch die deutsche Gemeindeordnung auf eine neue sichere Grundlage gestellten deutschen Gemeinden im Vierjahresplan ein ganz umfassendes Mehr der Betätigung."

Bestraft, weil er das Grab der Eltern des Führers besuchte

Bundesbahnbeamter mit Geldstrafe belegt und seiner Pension für verlustig erklärt

Salzburg, 8. April.

Der pensionierte Bundesbahnbeamte Reinhold Brückner aus Morzg bei Salzburg und dessen Ehefrau sind mit einer Geldstrafe von 250 bzw. 300 Schilling belegt worden, weil sie im November 1936 am Grabe der Eltern des Führers in Leonding bei Linz einen Kranz niedergelegt hatten. Reinhold Brückner wurde aus dem gleichen Grunde auch seiner Pensionsansprüche strafweise für verlustig erklärt. Die zuständigen Gendarmerieposten haben ferner die Weisung erhalten, alle Personen, die das Grab der Eltern des Führers besuchen, namentlich festzustellen.

*

Dieses beispiellose Vorgehen untergeordneter österreichischer Polizeibehörden gegen Personen, die Toten Blumen auf die Gräber legen, wird nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande mit ehrlicher und schärfster Entrüstung aufgenommen werden. Daß die Polizei Maßnahmen gegen Tote ergreift, dafür gibt es in der ganzen Welt kein Gegenstück. Selbst der tote Feind genießt bei allen Völkern Achtung und Ehre, höchstens in Moskau erlaubt man es sich vielleicht, hiervon eine Ausnahme zu machen. Die österreichische Polizei hat sich mit ihrem Vorgehen, das man nur als Barbarei bezeichnen kann, einen traurigen Ruhm erworben.

Ist es schon an sich verabscheuungswürdig, so stellt es darüber hinaus, weil es sich gegen die toten Eltern des Führers richtet, eine schwere Beleidigung des Staatsoberhauptes des Deutschen Reiches dar. Die Wiener Regierung kann diesen Vorfall nicht auf sich beruhen lassen. Er bedeutet einen schweren Verstoß gegen das Abkommen vom 11. Juli 1936. Was wird sie unternehmen, um in Zukunft solche Vorkommnisse, die die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Oesterreich aufs schwerste gefährden, unmöglich zu machen?

Während Deutschland den guten Willen zeigt, über manche inneren Gegensätze hinweg mit Oesterreich zu einem guten Einvernehmen zu kommen, werfen untergeordnete Stellen auf österreichischer Seite der Befriedungsarbeit immer wieder Steine in den Weg. Wir sind gewiß nicht kleinlich und wollen Wien keine Vorschriften machen, aber unser Ehrgefühl verbietet es uns, eine solche Beleidigung, wie sie das Vorgehen der Linzer Polizei darstellt, hinzunehmen.

Kaplan Rossain wollte die Kommunisten bekehren

Der zweite Verhandlungstag im Hochverratsprozeß vor dem Volksgerichtshof

Berlin, 8. April.

In dem Hochverratsverfahren gegen die drei katholischen Geistlichen aus dem Rheinland und ihre vier Helfer vor dem Volksgerichtshof wurden am heutigen zweiten Verhandlungstage die persönlichen Verhältnisse des Hauptangeklagten, des 35jährigen Kaplans Josef Rossain aus Düsseldorf, erörtert. Der Angeklagte stammt aus dem Grenzstädtchen Herbesthal. Er wurde 1924 zum Priester geweiht. Dann kam er als Kaplan an die Pfarrkirche von St. Marien in Oberhausen. Gleichzeitig wurde ihm die Leitung des Katholischen Jungmännervereins in dem Pfarrbezirk übertragen. Von 1929 bis zu ihrer Auflösung gehörte er der Zentrumspartei an. Im Herbst 1932 wurde er nach Düsseldorf als Kaplan an die Maria-Empfängnis-Kirche versetzt. Bereits in Oberhausen war er zum Bezirkspräses des Jungmännerverbandes bestellt worden. Außerdem war ihm die im ganzen Reiche einheitlich zusammengefaßte, aus den katholischen Wandergruppen hervorgegangene Sturmschar unterstellt. Der Angeklagte hat diesen Namen selbst gewählt.

In Düsseldorf wurde der Angeklagte bald wieder als Vertreter des dortigen Bezirkspräses des Katholischen Jungmännerverbandes herangezogen. Vorsitzender: „Wurden in der Sturmschar auch politische Fragen erörtert?" Angeklagter (nach langem Ueberlegen): „In der Sturmschar haben wir Fragen der Weltanschauung, soziale Fragen, wie die päpstliche Friedensenzyklika, und andere Dinge besprochen. Wir traten für eine volkspolitische Schulung ein."

Der Vorsitzende geht sodann zur Erörterung der Tätigkeit über, die der Angeklagte unter den jugendlichen Erwerbslosen im Rahmen des von ihm gegründeten Pieleklubs entfaltet hat. Die Bezeichnung Pieleklub soll von einem volkstümlichen Spitznamen herrühren, den man dem Anführer der Erwerbslosen in Düsseldorf gegeben habe. Der Angeklagte hat sich sehr eingehend auch politisch unterrichtet und ist sogar in seiner Amtstracht in kommunistische Versammlungen gegangen, in denen er sich an der Diskussion beteiligte. Seiner Ueberzeugung nach habe die katholische Kirche nicht genug für die Jugendlichen getan. Aus diesem Grunde habe er jugendliche Erwerbslose zu sich eingeladen. Er faßte sie im sogenannten Pieleklub zusammen, beschäftigte sie durch Einrichtung einer Bastelstube, schulte sie und wanderte mit ihnen. Auch gründete er einen Fußballklub. Für die Sportler richtete er in seinem Keller sogar einen Wasch- und Umkleideraum ein. Bei dem Besuch kommunistischer Jugendversammlungen in Oberhausen lernte der Angeklagte einen kommunistischen Jugendfunktionär Max Schäfer kennen, mit dem er in der Folgezeit in nähere Verbindung trat. Schäfer wurde von dem Angeklagten auch als Redner zu den politischen Ausspracheabenden herangezogen. Angeblich will Rossain beabsichtigt haben, den Kommunisten Schäfer zu bekehren.

SLUB
Wir führen Wissen.